

Sitzung vom 14.05.2025

Frage Nr. 195 von Frau Stiel (Vivant)

Thema: Abschaffung der Beipackzettel

Es gilt das gesprochene Wort!

Frage:

Das Pilotprojekt e-PIL wurde auf Initiative der pharmazeutischen Industrie und mit Unterstützung der zuständigen nationalen Behörden sowie der Verbände der Krankenhausapotheker am 1.8.2018 in Belgien und Luxemburg gestartet - zunächst für eine Dauer von zwei Jahren, inzwischen jedoch bis zum 1.8.25 verlängert.

Ziel des Projekts war es, zu belegen, dass die elektronische Version der Packungsbeilage (e-PIL) der gedruckten Version gleichwertig ist - insbesondere, um Patienten und Angehörige der Gesundheitsberufe in Krankenhäusern mit verlässlichen Informationen zur sicheren und wirksamen Anwendung von Arzneimitteln zu versorgen.

Auf pharma.be ist zu lesen, dass die Ergebnisse dieses Pilotprojekts dazu dienen könnten, die Änderung der EU-Arzneimittelgesetzgebung zu unterstützen - mit dem Ziel, den schrittweisen Übergang von der Papierform zur e-PIL einzuleiten, beginnend im Krankenhausbereich.¹

Am 4.4.25 titelte das *GrenzEcho*: "Geplante Abschaffung der Beipackzettel in der Kritik".²

Insgesamt 14 Organisationen aus dem Gesundheits- und Sozialbereich - darunter Testachats, der Apothekerverband APB, Ärzte- und Patientenorganisationen sowie Seniorenvertretungen - sprechen sich entschieden gegen diese Maßnahme aus. Sie warnen vor negativen Auswirkungen auf besonders schutzbedürftige Gruppen. Kritisiert wird, dass der alleinige Umstieg auf eine elektronische Lösung den Zugang zu relevanten Informationen vom Besitz eines Smartphones, einer stabilen Internetverbindung und entsprechender digitaler Kompetenzen abhängig mache. Betroffen wären insbesondere ältere Menschen, Menschen mit Behinderung, sozial benachteiligte Gruppen und Bewohner abgelegener Regionen.

Gleichzeitig betonen die Unterzeichner, dass eine digitale Version durchaus sinnvoll und nützlich sein kann – jedoch nur als Ergänzung, nicht als Ersatz. In einem Schreiben an den föderalen Gesundheitsminister fordern sie die belgische Regierung daher auf, sich klar gegen die vollständige Abschaffung der Papierform auszusprechen.

Auch wir von der Vivant-Fraktion schließen uns der Position dieser Organisationen an. Es darf nicht sein, dass Menschen, die digital nicht unterwegs sein können oder wollen, der Zugang zu gesundheitsrelevanten Informationen verwehrt wird.

¹ <https://pharma.be/sites/default/files/2024-11/epil-one-pager-2024-2.pdf>.

² <https://www.grenzecho.net/96777/artikel/2023-10-09/minister-will-beipackzettel-fur-zigaretten-einfuehren-tabakverband-reagiert-keine>.

Wir haben in diesem Hause bereits mehrfach betont: Digitalisierung kann nützlich sein - doch das Analoge muss erhalten bleiben.

Hierzu lauten unsere Fragen,

1. Wurde auf der interministeriellen Konferenz über die Abschaffung der Beipackzettel gesprochen?
2. Wie ist Ihre Position in dieser Angelegenheit?
3. Liegen Ihnen nähere Informationen zum aktuellen Stand der Dinge vor?

Antwort

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die angesprochene Thematik wurde nicht auf der Interministeriellen Konferenz nicht behandelt. Die Deutschsprachige Gemeinschaft wurde in die diesbezüglichen Überlegungen nicht einbezogen, da die Arzneimittelpolitik eine ausschließliche Zuständigkeit des Föderalstaates ist. Entsprechend liegen mir keine weiterführenden Informationen zum aktuellen Stand vor.

In den Interministeriellen Konferenzen werden ausschließlich Themen behandelt, die die Zuständigkeiten aller Gebietskörperschaften betreffen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.